

Freie Presse

Eigene Vertreter in: Alexandrien, Bagdad, Beirut, Kairo, Konstantinopel, Lissabon, London, Moskau, Odessa, Paris, Rom, Sankt Petersburg, Warschau, Wien, Zürich, Bern, Basel, Genève, Brüssel, Amsterdam, Antwerpen, Rotterdam, Hamburg, Berlin, Köln, Frankfurt, Leipzig, Dresden, Chemnitz, Breslau, Posen, Danzig, Gdansk, Lodz, Katowice, Lublitz, Białystok, Vilnius, Kaunas, Riga, Tallinn, Helsinki, Stockholm, Oslo, Copenhagen, Stockholm, Helsinki, Tallinn, Riga, Vilnius, Kaunas, Białystok, Lublitz, Katowice, Posen, Danzig, Gdansk, Lodz, Breslau, Chemnitz, Dresden, Leipzig, Frankfurt, Köln, Berlin, Hamburg, Amsterdam, Antwerpen, Rotterdam, Brüssel, Genève, Basel, Bern, Zürich, Wien, Sankt Petersburg, Moskau, Odessa, Konstantinopel, Lissabon, London, Paris, Rom, Kairo, Beirut, Bagdad, Alexandrien.

Nr. 40

Schriftleitung und Geschäftsstelle: Lodz, Petrikauer Straße 86

3. Jahrgang

Vor der Abstimmung in Ostschlesien.

Die Haltung der Deutschen.

Wie wir bereits mitteilten, ist die internationale Plebiszitatskommission in Lodz eingetroffen. Sie hat dieser Tage eine Delegation der deutschen Parteien unter der Führung des Präsidenten Eugen Fulda empfangen. Anwesend waren der Präsident der Kommission Graf Manneville, Pignon und von Fromont als Vertreter Frankreichs, Marquis Dedo die Berner und Graf Tomielli (Vertreter Italiens) Wilson und Pearson (Vertreter Englands) und Yamada (Vertreter Japans).

Architekt Eugen Fulda richtete an die Kommission folgende Ansprache:

„Hohe internationale Plebiszitatskommission! Die Delegation der deutschen Parteien vertritt die deutsche Minderheit Ostschlesiens, welche nicht nach ihrer Anzahl, sondern vor allem als Trägerin des industriellen, bergbaulichen und sonstigen wirtschaftlichen Lebens des Landes zu werten ist. In Berücksichtigung der eigenartigen Verhältnisse dieses Landes hat die Delegation der deutschen Parteien nach dem Umfange der Forderung auf Neutralisierung dieses einseitigen Wirtschaftsgebietes gestellt, welche Forderung in der ganzen bodenkundigen Bevölkerung den tiefsten Widerhall gefunden hat.“

Durch Anordnung der Volksabstimmung als Alternativwahl zwischen dem Anschluß an den tschechoslowakischen oder polnischen Staat ist das Selbstbestimmungsrecht der bodenkundigen Bevölkerung in begrenzte Bahnen geleitet worden. Die Entscheidung über die Haltung der deutschen Bevölkerung bei der Volksabstimmung ist jedoch noch nicht gefallen, da dies bei dem bisher ausgesprochenen Druck der tschechischen Nachbarn durch weitgehende Einschränkung der persönlichen und politischen Freiheit der Bevölkerung auch gar nicht möglich war. Darum ist die volle Garantie des Schutzes gegen jedwede Verfolgung auch nach der Volksabstimmung die unabdingbare Voraussetzung für eine uneingeschränkte Entscheidung der Deutschen, wie auch der gesamten Bevölkerung.

Als offizielle Vertreter sind bei der hohen Plebiszitatskommission nur Delegierte des polnischen und tschechischen Staates zugelassen worden, welche jedoch gleichzeitig auch die nationalen Interessen ihres Volksstammes im Abstimmungsgebiet vertreten. Ähnlich kann auch die deutsche Bevölkerung des Landes im Rahmen der von dem obersten Rat herausgegebenen Vorschriften Berücksichtigung finden, indem Deutsche als sachverständige Berater berufen werden, zumal ja fast das gesamte Wirtschaftsleben des Landes vornehmlich in deutschen Händen ruht.

Die Delegation nimmt sich die Ehre, der hohen Plebiszitatskommission ein Memorandum zu unterbreiten, welches unter Begründung der künftigen Verhältnisse die Wünsche der deutschen Minderheit zusammenfaßt. Die Delegation ersucht, dieses Schriftstück entgegenzunehmen und sie selbst als Vertretung der deutschen Minderheit bei der hohen Plebiszitatskommission anzuerkennen.

In seiner Erwiderung betonte Graf von Manneville, daß die Plebiszitatskommission die Ausführungen des Präsidenten der Delegation der deutschen Parteien mit Vertiefung zur Kenntnis nehme. Sie wird gemäß ihrer Sendung die Regierung des Landes in unparteilicher Weise führen und allen Ostschlesiern die Freiheit der Meinungsäußerung und die uneingeschränkte Entscheidung in der Abstimmungsfrage sichern. Dementsprechend wird die Plebiszitatskommission dafür Sorge tragen, daß niemandem aus der Ausübung des Abstimmungsrechtes irgendwelche Verfolgung oder Beeinträchtigung erwachse.

Der Kommission ist es bekannt, daß die Deutschen Ostschlesiens auf dem Gebiete des Bergbaues, der Industrie, sowie des ganzen Wirtschaftslebens eine hervorragende Stellung im Lande inne haben und sie wird daher den Rat der Deutschen auch gern in Anspruch nehmen.

Die Ergebnisse der ersten Konferenzen lassen erkennen, daß die Kommission bestrebt ist, mit größtmöglicher Beschleunigung alle Umstände zu beheben, die sich während der vergangenen Monate geltend gemacht haben, sowie die Verhältnisse

Die Entetenote an Ersner.

Berlin, 9. Februar. (Pat.)

Das Volksbüro meldet: In der Note, die an den Chef der deutschen Delegation, Freiherrn v. Ersner, gerichtet wurde, heißt es: In Ausführung des dritten Punktes des am 28. Juni 1919 unterzeichneten Protokolls habe ich die Ehre, Ihnen im Namen der Ententemächte eine von England, Frankreich, Italien, Belgien, Polen, Rumänien und den serbisch-kroatisch-slowenischen Staaten im Sinne des Artikels 228, Absatz 2 des Versailler Friedensvertrages aufgestellte Liste zu überreichen. In dieser Liste sind diejenigen nicht alle aufgeführt, die sich zahlreiche Verbrechen haben zuschulden kommen lassen. Die genannten Staaten verlangen die Auslieferung nur derjenigen deutschen Staatsbürger, auf deren größere Verantwortlichkeit lastete. Die Zahl der Schuldigen entspricht nicht der Zahl der Verbrechen, die die deutschen Bürger durch Verletzung der Kriegsgesetze und -gebräuche begangen haben. Es liegt nicht im Interesse der genannten Mächte, diesen Verbrechen Amnestie zu gewähren. Die Auszuführenden sind namentlich angeführt, auch ihr Stand und Beruf sind angegeben. Die verbündeten Regierungen behalten sich auch vor, von der deutschen Regierung Erklärungen und Hinweise zu verlangen. Die zur Feststellung der strafwürdigen Taten und der Verwertung des Strafgrades erforderlich sind. Die Note ist von Millerand unterzeichnet.

In einem Schreiben an den deutschen Reichskanzler erklärt Millerand, die Entente zweifle

zu schaffen, welche die Grundlage der Volksabstimmung bilden.

So wurde dank der energischen Stellungnahme der Kommission zwischen dem tschechischen und polnischen Vertreter die Vereinbarung getroffen, die beiderseitig Verhafteten zu entlassen, während für die wegen eines schweren politischen Verbrechens Verhafteten eine allgemeine Amnestie erlassen wird.

Für die Besetzung Oberschlesiens sind 2 Bataillone französischen und 2 Bataillone italienischen Militärs vorgesehen. Die französischen Truppen sind bereits angekommen und sind für die Besetzung der nordwestlichen Hälfte Oberschlesiens bestimmt. Über die Ankunft der italienischen Truppen ist bisher noch nichts bestimmtes bekannt.

Die Plebiszitatskommission übernimmt gemäß ihren Vollmachten die oberste Regierungsgewalt im Lande, so daß Oberschlesien nunmehr ein einheitliches Verwaltungsgelände darstellt. Damit ist der polnische Nationalrat endgültig seiner Funktion enthoben und dürfte sich in absehbarer Zeit auflösen. Die Vertretung der Warschauer und Prager Regierung übernehmen zwei Delegationen unter Führung des Abgeordneten Zamorski (Polen) und Dr. Matous (Tschechoslowakei). Diese beiden Delegationen sind der Volksabstimmungskommission angeschlossen. Diese selbst besteht aus vier Missionen und zwar ist Graf v. Manneville der Chef der französischen Mission und gleichzeitig Präsident der Gesamtkommission, Herr Wilson Chef der englischen, Marquis Lajti Vorjarelli der italienischen, Marquis Lajti der japanischen Mission.

Im Polens Grenzen.

Generalstabbericht vom 9. Februar.

Litauisch-weißrussische Front: Unsere Abteilungen schlugen durch einen mutigen Ausfall im Raum von Polock südlich von Dabrowa und östlich von Strykowo die bolschewistischen Stellungen, wobei sie zahlreiche Gefangene machten und ein Maschinengewehr erbeuteten.

Wohnort-Front: Unsere Rundschutzwartung schlug östlich von Nowogrod-Wolynsk ein ganzes Regiment und zwang es zur Flucht.

Bolschewistische Front: Bei einem Ausfall in östlicher Richtung von Bar schlugen wir bei

nicht daran, daß die deutsche Regierung die im Friedensvertrag angenommenen Verpflichtungen erfüllen wird.

Der „Temp“ bespricht die Auslieferungsforderung und weist darauf hin, daß die Entente alles vermeiden müsse, was auf Schwäche hindeuten würde. Andere Blätter melden, daß man in Ententezirkeln nicht geneigt sei, einem neutralen Tribunal, z. B. dem schweizerischen, die Aburteilung der schuldigen Deutschen zu übertragen.

Odessa von den Bolschewiken besetzt.

Moskau, 8. Februar. (Pat.)

Ein bolschewistischer Heeresbericht meldet die Einnahme Odessas durch die Bolschewiken.

Verhaftung von Ententemissionen.

Kopenhagen, 8. Februar. (Pat.)

Attwinow hat erklärt, daß die Bolschewiken in Sibirien die Mitglieder der englischen, französischen und italienischen militärischen Missionen gefangen genommen haben. Sie werden gut behandelt.

Der Papst und Lettland.

Riga, 8. Februar.

Der Staatssekretär beim päpstlichen Stuhl, Kardinal Gaspari, hat mitgeteilt, daß der Papst die Unabhängigkeit Lettlands anerkannt habe.

In Anbetracht der Befreiung des ganzen lettischen Gebiets wurden die Wahlen zur lettischen Konstituante für den 17. und 18. März angesetzt.

Zablontow drei bolschewistische Infanterie-Bataillone.

Wiederbesetzung polnischen Gebiets: Gestern besetzten unsere Truppen und die polnischen Behörden Karung.

In Vertretung des Generalstabschefs Kulinski, Oberst.

Wo bleiben Freiheit, Gleichberechtigung, Unparteilichkeit?

Aus Sompolno wird uns geschrieben: Schon längst hätten wir uns über die Übergriffe der kleinen Beamten beschweren sollen. Der deutsche Beamte aber läßt sich über sich kommen und schweigt; er läßt sich sogar schlagen und schmeißt trotzdem. Das ist aber ein verletztes Benehmen. Die kleinen Beamten werden immer gewalttätiger.

Schon hat früher ein beurlaubter Soldat mit Namen Tomej den Landwirt B. in der Kolonie Sompolno geschlagen, als er nicht gleich auf sein Verlangen eine „Podmoba“ stellen wollte, zu der er überhaupt gar kein Recht hatte. Und doch ist der richtige Weg, daß eine solche Forderung beim Schulzen angemeldet wird, und dieser erst kann einen seiner Werte dazu auffordern. Gerade bei den „Podmoben“ werden die evangelischen Deutschen sehr bedrückt. Man treibt sie 3-4 Mal auf eine solche Fahrt, ehe sein polnischer Nachbar einmal daran kommt. Oder der letztere bekommt nahe oder gut bezahlte Fahren. Und für die anderen kommen die Evangelischen dran. Lange genug haben unsere Evangelischen ohne Nutzen die vielen „Podmoben“ geleistet, bis es ihnen endlich zu viel wurde. Es sollten „Podmoben“-Führer angestellt werden, aber Sompolno hat bis heute noch keinen.

Man rief B., er solle den Verfall melden, er wolle das aber nicht tun aus Furcht, daß man sich an ihm weiter rächen könne.

Neulich kam wieder ein ähnlicher Fall vor. Da schlägt der Feld-Gendarm Plutonow den gleichen B. wegen einer ähnlichen Sache.

B. hatte schon 3 Soldaten zur Nacht und Verpflegung, nachdem er vor einigen Monaten alle Gebäude längere Zeit voll mit Einquartierung belegt hatte, wodurch ihm das ganze Stroh zu schanden gegangen war. Da kommen noch 2 Soldaten um 1/2 12 Uhr nachts und verlangen von ihm Stroh. Da B. das nicht auch noch tun wollte, hielt der erste Soldat ihm den Revolver

an die Brust und schrie: „Szwabie, ich werde dich gleich erschließen!“ B. schrie um Hilfe. Es traten die drei bei ihm nächstgelegenen Soldaten hinzu und verhafteten die Prägeln. Als B. auf ihren Rat hin am anderen Morgen das Vorgefallene bei den Gendarmen meldete, wohin ihn die Polizei geschickt hatte, wurde er von dem kranken Gendarmen, der am Abend vorher bei ihm den Krach machen wollte, mit Fäusten bearbeitet und machte, daß er fortkam. B. ist wieder still; nur hintenherum hört man etwas davon. Es sollte aber noch besser kommen!

Am 3. Februar kommt die „Plutonow“ zu dem Hausbesitzer und Landwirt L. in Sompolno. Er verlangte, L. solle ihm eine Podmoba geben. L. sagte, daß er erst vor einigen Tagen auf der Podmoba war, weshalb die Reife noch nicht schon wieder an ihm sein könne. Der Gendarm befiehlt ihm anzuspannen. Da sich L. indessen weigerte, schlug er den „Szwab“ unter Flüchen mit der Reitpeitsche ins Gesicht.

Als L. um Hilfe schrie, griff der Plutonow noch dem Revolver. Wie L. das sieht, schrie er: „Heute, worauf Frau L. herbeikam, die auch einige Schläge abbekam. Dann wollte er den Geschlagenen in den Arrest führen. Da L. in Polischuben war und erst Schutze anziehen wollte, zerrte er ihm so sehr, daß sein Anzug zerriss. Inzwischen kam der Nachbar W. herzu, der mit den Worten: „Co ty tu szwabie chcesz?“ empfangen wurde. Gleich rief der Plutonow (Gendarm) ihn vom Hof auf die Straße und schlug ihn fortwährend mit der Reitpeitsche und den Fäusten. Mindestens 25 Schläge hat er erhalten. Juden und Evangelische kamen auf den Ruf „Heute!“ herbei. Die Polen aber blieben fern. In die Herbeikommenden hiß der Gendarm mehrere Male mit seiner Reitpeitsche hinein. Mehrere Frauen bekamen auch verschiedene Schläge ab. Dann ließ er fort. Nach einer Weile kam er mit zwei Gendarmen mit aufgestecktem Gewehr, er mit dem Revolver in der Hand zurück und holte L. und W. ab und brachten sie in den Arrest. Unterwegs sagte einer der Gendarmen: „Das ist viel zu sein. Mit Kolben sollte man auch schlagen!“ Im Arrest blieben sie von 9 Uhr früh bis zum anderen Tag 1 Uhr nachmittags. Abends versammelten sich 6 Wägen und Landwirte, die für die beiden gutguten und ihre Entlassung bis zur Entscheidung des Gerichts erbeten wollten. Das wurde aber abgelehnt, weil der Gendarm fortgefahren war. Sowohl B. wie L. sind achtungswürdige Bürger. Erst am Montag des anderen Tages wurden sie herausgelassen, erst B. dann nach einer Stunde L. Ob aus Grund eines Telegramms an den Staatsanwalt oder aus einem anderen Grunde, ist nicht bekannt.

Da hatte ein evangelischer mit mehreren katholischen Jungen zusammen gehandelt. Einer der letzten schlägt den Evangelischen mit einer Peitsche. Die anderen lachen ihn aus, da gibt er seinem Widersacher einen Stoß, daß er hinfällt. Zwei Tage hätten sie noch zusammen. Da wird der katholische Junge krank und stirbt nach etwa zwei Wochen. Da gleich ein Gerüde war, der deutsche Junge habe den polnischen so geschlagen, daß er krank wurde, ging der Vater des ersten zum Orsdarst und fragte ihn, an welcher Krankheit der Junge leide, ob sie nicht vielleicht eine Folge der Schlägerei sei. Der Arzt sah sich den kranken Jungen, den er schon in Behandlung hatte, noch einmal an und gab das Urteil ab, daß nichts von Schlägerei zu merken sei, daß es sich vielmehr um die Gichtpille handle. Als der Junge starb, wollte der katholische Geistliche ihn erst auf Grund eines Zeugnisses des Kreisarztes beerdigen. Dieser wurde herbeigeholt und gab die gewünschte Bescheinigung. Auch seitens der Gendarmen war eine Untersuchung eingeführt worden, die das gleiche Ergebnis hatte, daß der Todesfall keine Folge eines Schlags war. Da nun die Mutter des Jungen arm war und dem Vater des evangelischen Knaben Rache angedroht wurde, übergab er der Frau 150 Mark für die Beerdigung. Man war aus gut.

Inzwischen hatten die Deutschen Polen verurteilt. Mit einem Male meldet sich die Mutter des Gestorbenen mit einer neuen Forderung bei dem Landwirt. Da der Deutsche nicht mehr herauszuziehen will, wird er von neuem angeklagt. Und der Vater wird mit seinem Sohn zur Untersuchung auf die Sergeantur vor den Untersuchungsrichter befohlen. Dieser verurteilt den Sohn kurz und fängt dann offenbar, damit er bezeugen soll, an ihn blutig zu schlagen. Dem Vater wird der

Kaufmann seines Hauses weggenommen. Nach einer Anzahl von Wochen soll er ihn zurückbekommen; er soll ihn sich an der gleichen Stelle abholen, wo er früher war. Dort war man aber einige Tage nicht da oder hatte keine Zeit. Endlich erhielt er durch Vermittlung eines Bekannten die Papiere zurück.

Nach ein anderer bezeichnender Fall. Als nach dem Abgang der Deutschen wollte man die evangelische Schulgemeinde Stiehlstraße gütlich veranlassen, ihr Schulgebäude mit dem Verkauf an die Katholiken herauszugeben. Natürlich verstanden sich die Evangelischen nicht dazu. Da wurde denn einfach das Gebäude mit Gewalt geräumt, Kronleuchter, Kreuz, Boden aus dem Fußboden herausgeschleppt und in die Wohnung eines der Werkzeuge gebracht. Die Wände und einen Tisch beschlagnahmte, vieles wurde zerhackt. Einen Teil des Fußbodens nahmen sie sich noch zur Wohnung des Lehrers und den Rest zur Schule. Daß man die Sache nicht ohne weiteres abgeben wollte, das wurde damals noch bestehende Landes-Schulverband, der daraufhin Klage erhob. Die Sache wurde dem Gericht in Sompolna zur Untersuchung übergeben. Nun erklärte der Richter vor den Versammelten. Ich weiß schon, von wem die Klage eingeleitet wurde. Das ist eine Sache des Pöbels; ich werde es ihm aber geben! Das kirchliche Kollegium der interessierten Gemeinde hat das Gericht um Aufhebung des Urteilsprahes; es wartet aber noch heute auf dasselbe. Uebrigens benehmen sich die Katholiken bei evangelischen Beerdigungen sehr herausfordernd und unbillig. Ist eine Beerdigung, so werden von verschiedenen Parteien allerhand Geschichten zur Störung der kirchlichen Handlung veranlaßt, in das Grab werden, ehe das Begräbnis kommt, schwere Steine hineingeworfen. Die Kinder des Schulens spotten die Evangelischen aus. Ja, dieser katholische Schulze verlangte sogar, jetzt müsse man von ihm die Erlaubnis zur Beerdigung einholen.

Es kommt immer mehr auf Nationalitäten- und Glaubensverfolgung heraus. J. B., als dieser ehrenwerte Bürger S. verhaftet wurde, war der Platz vor dem Magistrat von einer großen Menge Polen angefüllt, denen allen die Schadenfreude von Gesicht abzulesen war. Recht und Unrecht sind den meisten unbekannte Begriffe. Kommen Beschwerden an den Tag, so werden die Vorfälle so beleuchtet, daß die Deutschen die Schuldigen sind.

Wohin sollen wir Deutsch-Evangelischen ausweichen, damit wir endlich einmal, die so oft versprochenen: Freiheit, Unparteilichkeit, Gerechtigkeit und Gleichberechtigung erlangen? Wir sehen der Zukunft mit großer Sorge entgegen!

Sotales.

Bob, den 10. Februar 1920.

Mieterschutz.

Das Dekret über den Mieterschutz wurde seit längerer Zeit von Seiten der Hausbesitzerkreise scharf kritisiert. Sowohl an den Sejm, wie auch an den Ministerat sind zahlreiche Denkschriften in dieser Frage eingereicht worden. Schließlich befaßte sich der Ministerat mit dieser Angelegenheit. Von Seiten des Ministeriums für öffentliche Gesundheit, das bekanntlich der Schöpfer des Mieterschutzgesetzes ist, ging ein Gesetzentwurf in dieser Frage ein. Das Ministerium ist der Ansicht, daß eine teilweise Erhöhung der Wohnungspreise angebracht ist mit Rücksicht darauf, daß auch die Hausbesitzer größere Ausgaben zu bestreiten haben.

Zigeunerliebe.

Erzählung aus der Pucka von Anny Wöhe.

(12. Fortsetzung.) (Nachdruck verboten.)

Sie sprach wenig mit ihm. Eine unerklärliche Scheu hielt ihre Lippen in seiner Nähe gefesselt. Er merkte es wohl, aber er ließ sich nicht beirren. Nur zuweilen war es, als kämfe ein leises Spitzlächeln seine Lippen.

Dann trog es ihr wie heiße glühende Angst zum Herzen, und sie senkte den Blick vor seinen flammenden Augen zu Boden.

Wie langsam und unerträglich träge die Zeit verfiel.

Erst seit Wochen kannte sie ihn, den jungen Künstler, und doch war es ihr, als lägen Jahre dazwischen, seitdem sie ihn zum erstenmal gesehen.

Eine wahre Glutatemosphäre umgab sie in seiner Nähe, in der sie kaum noch zu atmen wagte. Mehr als einmal hatte sie schon ihren Gatten gebeten, doch Jugo Bruchy nicht mehr einzuladen, da seine Nähe sie ängstigte und bedrückte, aber der Graf hatte dazu gelacht und ihr begreiflich gemacht, daß der berühmte Geiger, der sozusagen bei ihnen Hausfreund war, ihrem Hause nur neuen Glanz und Schimmer verleihen konnte, daß er für Gesellschaften unschätzbar war, und er garricht daran dachte, mit Jugo Bruchy zu brechen.

Und Alka hatte sich freudig gefügt und hatte nach wie vor mit herzbellemendem Atem und voll scharfer Lust der Töne gelauscht, die der Künstler seiner Geige entlockte. „Nur für Sie“, wie ihr jedesmal sein glühendes Auge sagte. Wie herausfordernd es war, zu wissen, daß es

In seiner Sitzung am 5. d. M. beriet das Ministerkabinett über diese Frage. Nach längerer Beratung wurde der Standpunkt der Regierung wie folgt festgestellt: a) das Dekret über den Mieterschutz ist unbedingt beizubehalten; b) infolge der veränderten Verhältnisse ist der Ministerat für die Erhöhung der Mietzinsen in folgendem Verhältnis:

Für Einzimmerwohnungen am 20 pSt.	
Zwei-	40
Drei- und Vier-	60
Fünf-	80
Sechs- und Mehr-	100

des Vorkriegspreises (1914) der Miete mit 2,16 Mark berechnet. Die Miete für Schullokale darf um 40 pSt. erhöht werden. Für Läden nur 150 pSt.

Da Mißbräuche bei der Vermietung von Wohnungszeilen mit Möbeln vorkommen, sieht das neue Dekret vor, daß die Miete der Möbel nicht über 150 pSt. des Mietgeldes für das vermietete Zimmer betragen darf.

Den Mietern darf nur dann gekündigt werden, wenn sie die Miete nicht bezahlen, sich unrichtig betragen usw. Läden betrifft diese Bestimmung nicht. Den Mietern von Läden wird nur nach vorheriger Benachrichtigung der Behörden gekündigt werden dürfen. Zur Vermietung von Läden wird die Genehmigung seitens der Behörden notwendig sein.

Nach nochmaliger Bearbeitung des Gesetzentwurfes wird er dem Sejm zur Bestätigung vorgehen.

Goldene Hochzeit. Heute feiert der hiesige allgemein geschätzte und bekannte Kaufmann und Hausbesitzer der Vater des bekannten Stigfabrikanten, Herr Karl Reilich, mit seiner Gattin Agate, geb. Schminiger, das seltene Fest der goldenen Hochzeit. Von der zahlreichen Familie, die das Jubelpaar an dem heutigen für sie so bedeutungsvollen Tage umgibt, fehlt nur ein Sohn und dessen Gattin, die voraussichtlich noch in Petersburg wohnen. — Wir wünschen dem greisen Jubelpaar, das ein Menschenalter lang in Bob lebt und wirkt, einen langen, ungetrübten Lebensabend!

Persönliches. In Bob, weilen: der Bürgermeister von Benczy, der ehemalige Leiter der Verpflegungsabteilung Herr Kotli, und der Schiffe der Stadt Sosnowice, Herr Salun, der die Tätigkeit der künftigen Hauptkasse und der Finanz- und Steuerabteilungen studieren will.

Für die noilebenden Seminaristen. Am Donnerstag, den 12. d. Mts., in der „Freien Bühne“ eine Wohltätigkeitsaufführung statt. Gegeben wird das fesselnde Ständchen „Alt-Heidelberg“. Offenlich wird unsere deutsche Gesellschaft am Donnerstagabend das Haus bis auf den letzten Platz füllen. Der Kartenverkauf beginnt am Mittwoch von 11—1 und von 5—7 an der Theaterkasse.

Zum Rosenfest des Bobyer deutschen Schul- und Bildungsvereins. Das am Sonntagabend im Weißen Saale des Hotel Manufaktur veranstaltete wurde, hatte sich eine Anzahl sehr originell kostümierter Damen und Herren und — da kein Kostümwang herrschte — auch viele unkosumierte Personen eingefunden. Von den Damenkostümen waren besonders originell: der Fliegenpilz, die Bi dermeyerin in der Krinoline, die Goldländerin, Gärtnerin, Vojarin, Krawianka, Dubarskreiterin, das Schützenlied sowie eine kleine schwarzhaarige Jägerin. Die letzte hatte den Besuch des Festes mit dem Verlust einer ihrer drei langen schönen Locken zu beklagen, die ihr ein Frechdachs oder vielleicht ein unmerklich abgegriffener hatte. Daß man der jungen Dame die Locke abgegriffen

hat, um von ihr ein Andenken zu haben, ist kaum anzunehmen; es handelt sich hier wohl um den Wert des Haares, mit welchem wohl der neueste Kettenhandel getrieben werden soll. Es wurde flott und viel getanzt und den Speisen und Getränken wader zugesprochen. Unter den Teilnehmern herrschte eine gehobene Stimmung, so daß man zur festgesetzten Stunde nur ungern den Heimweg antat.

Breffball. Der am Sonntag, den 15. d. M. im Scala-Theater in der Dögelstraße 18 statt, bildet bereits das Tagesgespräch von Bob. Wie wir hören, werden viele Damen und Herren, die im Besitz schöner und originaler Kostüme sind, sich auf dem Fest ein Stelldichein geben. Da kein Kostümwang besteht, wird jedem Gelegenheit gegeben, dem Ball beizuwohnen. Der Ertrag des Festes ist, wie bekannt, für den Fonds zur Bildung einer Kranken- und Unterstützungskasse für deutsche Journalisten bestimmt. Preis einer Eintrittskarte 15 Mark. Verkaufsstellen werden demnächst bekanntgegeben werden. Aus dem Theater werden die Stühle entfernt, so daß Raum zum Tanzen genug vorhanden sein wird.

Die Bobyer Woiwodschaft. Am 15. Februar beginnen die Baros der Bobyer Woiwodschaft ihre Tätigkeit.

Der Amtschimmel bei der Post zu Gast. Wie hat man früher über die Fingigkeit der Post ein Loblied gesungen. Heute kann man das nicht mehr. Nicht nur, daß die Post nicht mehr fröhlich ist, sondern auch die Fracht der Briefe ist in Verlust geraten. Eine Berliner Firma sandte an unsere Adresse am 24. November 1919 einen Brief ab, der schon am 9. Februar 1920 in Bob eintrifft. Ein Brief aus Posen brauchte 7 Tage. Ein vorher abgesandtes Telegramm von dort, auf das sich der Brief bezog, traf einen Tag nach dem Briefe ein. Nun stelle man sich vor, was das für eine Schnelligkeit ist! Eine Schnecke, der man den Brief zur Beförderung gibt, ist sicherlich rascher als die Post!

Am 10. Februar kein Feiertag. Der Ministerpräsident bringt zur allgemeinen Kenntnis, daß infolge der von verschiedenen Seiten geäußerten Zweifel, ob der 10. Februar wie im Vorjahre als Feiertag begangen werden soll, darauf hingewiesen wird, daß dieser Tag ein gewöhnlicher Arbeitstag ist. Das Dekret, das diesen Tag als Feiertag, festsetzte, bezog sich nur auf den 10. Februar vorigen Jahres. (Am. d. Schriftleitung: Zusammenkunft des Sejm).

Deutsche Vorlesungen in Kristiania. Der bekannte Varrer der deutschen evangelischen Gemeinde, Günther, in Kristiania hält seine Vorlesung über Richard Wagners Gedankenwelt, die eine weite Erkantung im vorigen Jahre ablagen mußte, von Ende Januar ab an der Universität öffentlich. Für das Frühjahrs-Semester hält er für die Studenten eine zweistündige praktische Übung in neuerer deutscher Literatur ab.

Der frühe Frost. Die im Herbst frühzeitig eingetretenen Fröste haben unter den Gemächten großen Schaden angerichtet. In den Gärtnereianlagen sind für mehrere Millionen Mark Prospektier verloren. Das Land wird dadurch mehrere Jahre an einem Mangel an Obstbaumwuchs leiden.

Der Bobyer Straßenbahnstreik und die Stadt Wien. In Verbindung mit dem gegenwärtigen Straßenbahnstreik in Bob und der Frage der Erhöhung der Fahrkartenpreise dürfte der Vergleich mit der Stadt Wien interessieren, wo die Straßenbahnen gleichfalls höhererhöhung verlangt und diese auch erlangt haben. Die Stadtverordnetenversammlung beschloß dar-

aufhin die Erhöhung der Fahrkartenpreise um 100 Prozent. Eine Fahrt kostet in Wien jetzt 2 Kronen (d. h. nach unserem Gelde 1 1/2 M.). Die „Neue Freie Presse“ schreibt hierzu anleitender Stelle: Die Straßenbahn, die gegenwärtig den Fahrpreis auf 2 Kronen erhöht hat, stellt gewissermaßen einen Widerstand ihrer selbst dar. Ihre allgemeine Zugänglichkeit ist ihr Daseinsrecht. Der Zweikronenpreis ist, selbst bei dem heutigen Tiefstande des Kronenwertes für das weitere Publikum gleichbedeutend mit der Entfremdung der Straßenbahnlinien.

Was der gekürzte Stadtverordnetenversammlung. Den Vorstoß führte der erste Vorkämpfer M. Kemiszewski. Die Verhandlungen begannen mit einer Kritik des Artikels aus der Feder von Chwalinski über das städtische Budget 1919/20 (Nr. 36 des „Kurjer Boby“). Die in dem Artikel enthaltenen Vorwürfe widerlegte Vizepräsident Faterjon, der auf die Unrichtigkeit der Ausführungen Chwalinski hinwies. Da in einer der letzten Sitzungen der Stadtverordneten Chwalinski namens der Fraktion der Nationalen Vereinigung erklärt hatte, die Fraktionsmitglieder würden während der Budgetdebatte den Sitzungen nur als Hospitanten (Gäste) beizuwohnen, wandte sich der Vizepräsident an die Versammlung mit der Frage, ob Stadtverordneter Chwalinski das Recht habe, das Wort zu ergreifen, um dem Vizepräsidenten Faterjon zu erwidern. Die Versammlung erklärte sich einstimmig dafür, daß Chwalinski das Wort erteilt werde. Dieser behauptete nun in seiner Rede, der Vizepräsident Faterjon habe ihn persönlich angegriffen, indem er sagte, Redner besitze kein Verständnis für Finanzfragen. Der im „Kurjer Boby“ veröffentlichte Artikel tat aber das Gegenteil, da Ausführungen über manche unklare Finanzfragen gemacht werden mußten. Stadtvorordneter Wiktorski, der Vorkämpfer der Fraktion „Bund“ besprach die Tätigkeit des Magistrats, der nach Meinung des Redners nur die Interessen der bestehenden Klassen vertritt. Ferner bemerkte Redner, der jüdischen Bevölkerung sei Gewalt angetan worden, da die jüdische Muttersprache aus den Schulen verdrängt worden ist. Die jüdischen Kinder müßten in hebräischer Sprache erzogen werden. Diese Gewalt verurteilte der Magistrat. Der „Bund“ wird für das Gesamtbudget nicht stimmen. Hieran ergriß Stadtvorordneter Reta das Wort. Er bemerkte, daß der Stadtrat demokratisch sei und der Magistrat Vertreter des Proletariats zu seinen Mitarbeitern zähle. Die Fraktion des nationalen Arbeiterverbandes werde für das Budget stimmen. Um 9 Uhr 15 Min. wurde die Sitzung geschlossen.

Wohltätigkeitsfest der Russengemeinde. Am 17. d. Mts., um 3 Uhr nachmittags, veranstaltete das Russische Komitee im Weißen Saale des Hotels „Mantuffels“ ein großes Wohltätigkeitskonzert mit darauffolgendem Tanz. Im Programm: Chor- und Solo-Vorträge, Musik und Tanz. Die Tanzmusik liefert Herr Bräutigam. Die Reineinnahme ist zur Unterstützung der armen Russen und des Olga Stiftes bestimmt. Das russische Komitee hofft, daß der gute Zweck der Veranstaltung die Gönner und Wohltäter aller Lebenden zum Besuch des Konzertes veranlassen wird. Schluß um 10 Uhr abends.

Vom Panoptikum. Das in der Zielonastraße befindliche Museum und Panoptikum ist, wenn es auch nicht allzu viele Gegenstände enthält, sehr lehrreich für manchen Besucher. Der Besitzer hat bei seiner Anwesenheit in Gheln große Verluste durch die Kassen erlitten, die seine Sammlung verführten. Der Eintritt kostet 2 M. in die anatomische Abteilung 1 50 M. Schüler und Soldaten zahlen die Hälfte.

Jetzt Tag und Nacht durch ihre Gedanken irrt. Es war das Lied von Paul Klamant, an das der Geiger da vor ihr wohl kaum gedacht, und das doch immer wieder in Tönen vor ihr auftauchte:

„Hut! hab' ich zum letztenmal ihn gesehen, Mir war's, als wär' es vor Jahren gesehen. So alt bin ich d'rüber geworden. Er nahm meine Jugend mit und mein Glück. Und von diesen Beiden fehlt Keines zurück. Ich wollt', ich wäre gestorben.“

Daß die Geige nicht diese Töne wieder? Nein, sie sang eine andere Weise. Was war aber das, Klang es nicht wie ein Gruß aus alter Zeit, wie von verlassenen Tagen?

Die Lieb', die vom Zigeuner stammt, Kennt weder Recht, Gesetz noch Nacht.

Nein, sie hatte sich wieder gekauft. In sie spielte ja ganz ruhig und fester eine seiner neuen Kompositionen, eine feurige Tanzweise. Sie so gern hörte, die er ihr so oft vor spielte. Sie hatte nicht das glühende, dämonische Lächeln bemerkt, das in Jago's Antlitz aufblitzte, als er bemerkte, daß ihr bei seinem Spiel plötzlich ein Erinnerung an einst geliebten Spiel plötzlich ein Erinnerung an einst geliebten Spiel plötzlich ein Erinnerung an einst geliebten Spiel.

„Gute Nacht!“, noch einmal ruhten ihre Hände ineinander mit leisem Wehen, noch einmal fühlte er ihre zitternden Fingergelenke an seine glühenden Lippen. Ein Blick, noch ein letzter dann wand er gegangen, und sie durfte, wie's im Liede heißt, singen:

Nun hab' ich zum letztenmal ihn gesehen, Mir ist's, als wär' es vor Jahren gesehen. So alt bin ich d'rüber geworden.

Fortsetzung folgt.

gehen,
gefahren.
zug folgt.

Druck bei „Polysch Druckerei“, Petrikows Straße 21.

